

Treffen und töten

Rüstungsdebatte Drohnen sind Interventionswaffen für asymmetrische Konflikte und gegen unterlegene Gegner

■ Hans-Georg Ehrhart

Der Beschluss der SPD-Partei-führung, die Entscheidung über die Ausrüstung der Bundeswehr mit bewaffneten Drohnen bis nach der Bundestagswahl zu verschieben, ist nachvollziehbar, aber zu kleinmütig. Er ermöglicht es zwar, ein strittiges Thema in einer breiten Öffentlichkeit nochmals zu debattieren, legt aber keine klare Position fest, die den Wählern bei ihrer Entscheidung helfen könnte. Das gilt übrigens auch für die Grünen, die doch nach den Wahlen im September so gern regieren würden und die beim Thema bewaffnete Drohnen Kompromissbereitschaft signalisieren. Dass schon lange über das Thema gestritten wird, liegt an seiner Komplexität. Einfach ist es nur für die Vertreter zweier absolut gegensätzlicher Auffassungen. Die „Realisten“ behaupten, da andere Länder bereits über bewaffnete Drohnen verfügen, seien diese Teil des veränderten Kriegsbildes. Darum müsse auch die Bundeswehr sie anschaffen. Die „Pazifisten“ lehnen Krieg und Waffen als Mittel der politischen Auseinandersetzung grundsätzlich ab. Dazwischen liegt eine argumentative Grauzone, was eine Entscheidung erschwert, weil die Argumente des jeweils anderen Lagers nicht so ohne Weiteres vom Tisch zu wischen sind.

Gefahr für Unbeteiligte

Was die Befürworter als entscheidendes Kriterium für die Anschaffung der bewaffneten Drohnen geltend machen, ist die Sicherheit der eigenen Soldaten. Mit diesen Flugkörpern lasse sich nicht nur eine Gefechtslage aufklären; es sei ebenfalls möglich, einen Gegner sofort zu bekämpfen, ohne auf die Luftunterstützung durch Kampfflugzeuge angewiesen zu sein. Dagegen spricht, dass es eben nicht nur um die eigenen Soldaten geht, sondern auch um das Leben der Bevölkerung im Einsatzland. Ein Gebrauch von Drohnen mag zwar geringere zivile „Kollateralschäden“ verursachen als eine Flugzeugbombe, aber eine „chirurgische“ Waffe ist sie nicht. Das zeigen geschätzt etwa 2.000 Zivilisten, die bislang durch Drohneinsätze getötet wurden. Weder können die Auswerter am Bildschirm klar erkennen, wer in Afghanistan oder Mali Kombattant und wer unbeteiligter Zivilist ist. Noch lässt sich ausschließen, dass in einer Gefechtsituation der Tod Unschuldiger in Kauf genommen wird.

Rechtlich gesehen ist eine mit Zerstörungskraft ausgestattete Drohne eine Waffe wie jede andere. Das heißt, sie darf nur im Krieg eingesetzt werden. Ihr ultimativer Zweck besteht darin, innerhalb des kriegsrechtlich Erlaubten zu treffen und zu töten. Für die Bundeswehr setzen die eigene Verfassung, das Völkerrecht und natio-



Symbolbild: So verheddert wie die Drohne im Netz scheint auch die Debatte

nale Einsatzregeln Grenzen. Extralegale Tötungen, wie sie immer wieder Israel und den USA anzulasten sind, wären schlichtweg illegal. Aber ist die Gefahr eines Missbrauchs auszuschließen, zumal die Politik angesichts veränderter Umstände ihre Position ändern kann? So haben die USA die israelische Praxis der gezielten Tötungen zunächst als völkerrechtswidrig kritisiert, bevor sie nach 9/11 selbst darauf einschwenkten.

Aus ethischer Sicht kann argumentiert werden, dass Krieg eine besondere Situation sei, die besondere Regeln erfordere. Doch gilt auch dann, dass Kombattanten nur mit bewaffneten Drohnen bekämpft werden dürfen, sofern dabei das humanitäre Völkerrecht eingehalten wird. Das Problem in den heute vorwiegenden hybriden Kriegen ist aber, dass sich keine klare Grenze zwischen Krieg und Frieden mehr ziehen lässt. Damit wächst die Gefahr des Drohneinsatzes in einer Grauzone. Selbst das ethische Argument, man müsse sich mit Drohnen womöglich in einer Notwehrsituation verteidigen, überzeugt nicht, wenn man bedenkt, dass der Gegner sich ebenfalls in einer Verteidigungssituation wähnen könnte.

Wie sich zeigt, ist die Legitimation für den Einsatz von bewaffneten Drohnen schwammig, wenn nicht gegenstandslos. Und das vor allem aus einem Grund: sich mit tödlicher Gewalt zu verteidigen, das setzt eine unmittelbare Bedrohung für das eigene Leben oder das anderer voraus. Allerdings werden Drohnen zumeist in Fällen eingesetzt, in denen keine unmittelbare Bedrohung vorliegt. Das ist ja gerade das Verlockende an dieser Technik, die aus sicherer Distanz angeblich zielgenau nur die Richtigen trifft. Dieses Problem dürfte noch größer werden, wenn der Trend zu autonomen Waffensystemen, die mittels künstlicher Intelligenz selbst entscheiden können, wer wann wo anzugreifen ist, sich fortsetzt. Aufhalten ließe sich das nur durch eine präventive Rüstungskontrolle.

Obwohl die Debatte über das Für und Wider bewaffneter Drohnen seit bald zehn Jahren stets von Neuem auflodert, bleibt ein Gegenargument weitgehend unberührt. Bewaffnete Drohnen sind im Grunde genommen Interventionswaffen für Konflikte mit niedriger Intensität gegen Gegner, die über keine oder nur eine schwache Luftabwehr verfügen. Sie spielen

Aus sicherer Distanz werden angeblich zielgenau die Richtigen getroffen

in Kriegen, die zwischen technologisch hochgerüsteten Staaten geführt werden, keine große Rolle, weil sie langsam, daher leicht zu stören („jammen“) oder abzuschließen sind.

Ihr erfolgreicher Einsatz durch die Armee Aserbaidschans gegen die armenischen Streitkräfte vor Wochen im Kaukasuskrieg belegt keineswegs, dass man sich ohne Kampfdrohnen nicht wehren kann. Wird über moderne Abwehrmittel verfügt, dann sehr wohl. Diese Counter-UAV genannten Systeme werden bereits entwickelt. Das kumulierte Marktpotenzial bis 2028 wird auf 32 Milliarden US-Dollar geschätzt.

Der Einsatz bewaffneter Drohnen im Kaukasus zeigt freilich auch, dass Drohnen zu tiefst destabilisierend sind. Vergleichsweise billig und in höchst operativer Weise zu gebrauchen, laden sie dazu ein, nach militärischen Lösungen für politische Probleme zu suchen, bei Regionalkonflikten in Afrika oder Nahost allemal.

Was in der jüngsten Kontroverse fehlt, das ist der Bezug auf die grundsätzliche Frage, wie denn deutsche Verteidigungspolitik künftig ausgerichtet werden soll. Hier trauen sich weder Sozialdemokraten noch Grüne zum Sprung. Bislang will die Bundesregierung, der die SPD derzeit angehört und deren Platz die Grünen künftig gerne einnehmen würden, beides: die Fähigkeit zur Krisenintervention außerhalb des Bündnisgebiets und die Fähigkeit zur Landes- und Bündnisverteidigung. Würde Deutschland auf bewaffnete Interventionen verzichten, deren Erfolge mehr als zweifelhaft sind, bedürfte es keiner bewaffneten Drohnen für die Bundeswehr.

Hans-Georg Ehrhart ist Senior Research Fellow am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg

Harmonie auf der Halbinsel

Saudi-Arabien/Katar Die Versöhnung der arabischen Dynastien am Golf ist eine Momentaufnahme. Sie muss nicht von Dauer sein

■ Sabine Kebir

Scheich Tamim bin Hamad al-Thani ist vorerst keine suspekt Figur mehr, sein Emiratar Katar darf in die Familie der Golddynastien zurückkehren. Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Bahrain sind auf Versöhnung bedacht und heben die seit Juni 2017 verhängte Blockade der Land-, Luft- und Wasserwege nach Katar wieder auf. Das kleine Land, das dank seines Ölreichtums über das höchste Pro-Kopf-Einkommen der Welt verfügt, war ausgerechnet von Riad des Terrorismus angeklagt worden. Um diese Zeit kam es in Syrien und Libyen, im Irak sowie in Nordmal zwischen den von Katar finanzierten Gruppen einerseits und den von Saudi-Arabien wie den Emiraten

alimentierten Kombattanten andererseits häufig zu blutigen Zusammenstößen. Da Katar auch die ägyptischen Muslimbrüder schätzt, schloss sich Kairo dem Boykott ebenfalls an. Oman und Kuwait erklärten ihre Neutralität.

Dass ein sunnitischer Staat wie Katar viele Arbeitsmigranten aus schiitischen Ländern beschäftigte und gemeinsam mit dem Iran Erdgasfelder im Golf ausbeutete, passte ebenfalls nicht in die saudische Strategie, immer offener einen Krieg gegen Teheran anzusteuern. Für diesen Fall sollte Katar in die antiiranische Front eingereiht sein. Um das zu erzwingen, wurden die Strafmaßnahmen verhängt, freilich ohne den gewünschten Erfolg. Zwar musste das Emiratar seinen Handel durch in Teheran teuer erkaufte Überflugrechte sichern und den Import von Gütern des täglichen Bedarfs stark einschränken, doch führte das zu einem bis dahin kaum denkbaren Boom der eigenen Industrie- und Landwirtschaft sowie zu einem gesteigerten Nationalbewusstsein. Einge-führte technische Ausrüstungen konnten durch einheimische Ingenieure in kürzester Zeit angepasst und optimiert werden.

Mittlerweile möchten die Katarer auf das eigene frische Gemüse und Geflügel nicht mehr verzichten, zumal die Produkte billiger als die einst importierten Lebensmittel sind.

Donald Trump hatte sich 2017 den Terrorismusvorwürfen aus Riad angeschlossen, ließ an Katar aber weiter US-Waffen verkaufen. Das erschien von seiner Warte her nicht unlogisch, schließlich liegt das Nahost-Hauptquartier der US-Streitkräfte in Katar. Dass von dort aus auch ein militärisches Vorgehen gegen den Iran koordiniert werden müsste, erklärt das amerikanische Interesse, den inner-sunnitischen

Donald Trump ließ an Katar weiter US-Waffen verkaufen

Zwist der Golfstaaten einzudämmen. Obnehin erwies sich die Blockade Katars zu sehends als Störfaktor. Dass Donald Trump noch im Dezember seinen Schwiegersohn Jared Kushner mit dem Auftrag auf die Arabische Halbinsel schickte, für ein Ende der Fehde zu sorgen, war Teil der Strategie, beim Finale seiner Amtszeit nochmals außenpolitische Tatkraft zu beweisen und Bewegung in einen erstarrten Konflikt zu bringen. Vielleicht ging einem selbtherrlichen Präsidenten sogar die Option durch den Kopf, dass sich seine Regierung durch einen Militärschlag gegen den Iran krönen lasse. Oppositionsführerin Nancy Pelosi, als Sprecherin des Repräsentantenhauses dritthöchste politische Amtsperson der USA, hat jüngst Kontakt mit der Armeeführung aufgenommen, um zu erreichen, dass ein diesbezüglicher Befehl des Präsidenten nicht mehr befolgt wird.

Joe Biden hat versprochen, für eine friedliche Perspektive im Nahen Osten zu sorgen. Er will die von Trump stark forcierten Waffenverkäufe an Saudi-Arabien drosseln und das Atomabkommen mit dem Iran nicht vollends abschreiben. Besonders die

Europäer müssten an einer Deeskalation am Golf interessiert sein. Ein neuer Großbrand im Nahen Osten hätte auch für sie sehr ernste Folgen, nicht zuletzt einen weiteren Zustrom von Flüchtlingen.

Sind die Staaten am Golf wirklich versöhnt? Und wird Katar seine Beziehungen zum Iran ganz aufgeben? Auf den noch längst nicht beruhigten Kriegsschauplätzen im Nahen Osten und in Nordafrika sind die Rivalitäten mit dem saudischen Königreich und den Vereinigten Emiraten mitnichten ausgestanden. In Libyen stehen Letztere, zusammen mit Ägypten, hinter der von Feldmarschall Khalifa Haftar gestützten Regierung in Tobruk. Die Katarer hingegen halten es wie die Türken weiter mit der provisorischen Regierung in Tripolis. In all diesen Konflikten spiegelt sich die scharfe Frontlinie zwischen dem wahnhabisch-salafitischen Islam und den Glaubenslehren der Muslimbrüder, die in der sunnitischen Welt um die Führungsrolle ringen. Die Beendigung des Boykotts gegen Katar empfahl sich im Übrigen auch deshalb, weil dort Ende nächsten Jahres die Fußballweltmeisterschaft ausgetragen werden soll.